

Notizen

Gegen eine „unverantwortliche Vermischung“ unterschiedlichster religiöser Bewegungen und Gruppen in einem parlamentarischen Sektenbericht wandte sich die Belgische Bischofskonferenz. In der Untersuchung wurden verschiedene kirchlich anerkannte Bewegungen und Gemeinschaften in einem Atemzug mit weltweit als problematisch eingestuften Sekten genannt. Die Bischöfe kritisieren an der Parlamentarier-Studie vor allem ihr „vages“ und zu wenig differenzierendes Sekten-Konzept. Die Bischöfe bejahen das Recht der Parlamentarier, Gruppen mit sektenhaften Zügen, durch die die Menschenrechte verletzt werden könnten, zu untersuchen; sie verlangen zugleich aber auch den nötigen Respekt vor der Religions-, Vereinigungs- und Gewissensfreiheit. Die parlamentarische Untersuchungskommission kommt in ihrem Bericht auf insgesamt 189 sektenhafte Bewegungen. Es wird jedoch betont, die bloße Erwähnung einer Gruppe erlaube nicht den Rückschluß, daß es sich um eine als gefährlich einzustufende Sekte handle.

Sehr positiv zum neuen britischen Premierminister Tony Blair und zur Situation nach dem überwältigenden Wahlsieg von Labour am 1. Mai hat sich der Erzbischof von Westminster, Kardinal Basil Hume, geäußert. Gegenüber der englischen katholischen Wochenzeitschrift „The Tablet“ (10.5.97) sagte Kardinal Hume, seiner Meinung nach bestimmten christliche Grundsätze das Denken und Handeln von Tony Blair. Die Menschen hielten ihn für ehrlich und vertrauenswürdig. In der britischen Gesellschaft, so der katholische Primas von England, gebe es derzeit eine Woge des Optimismus. Der politische Wechsel könne die Menschen zu der Auffassung bringen, jetzt könnten die Dinge in Ordnung gebracht werden. Als aus kirchlicher Sicht dringende Aufgabe für die neue Regierung nannte Kardinal Hume die Bekämpfung der Armut.

Gegen den römischen Druck auf die Fortführung der Arbeit kirchlicher Beratungsstellen im staatlich anerkannten System hat sich die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands in einem Schreiben an den Apostolischen Nuntius in Deutschland, Erzbischof Giovanni Lajolo, ausgesprochen. Ein Ausstieg der katholischen Kirche aus der staatlich anerkannten

Schwangerschaftskonfliktberatung würde nicht nur bei betroffenen Frauen, sondern bei allen auf diesem Gebiet Engagierten zu einer tiefen Enttäuschung führen. Ein „nachhaltiger Verlust an Glaubwürdigkeit der katholischen Kirche“ sei für diesen Fall zu befürchten. Die KFD fordert den Nuntius auf, sich für den Verbleib der Beratungsstellen im staatlich anerkannten System einzusetzen und mitzuhelfen, daß nicht „vaticanische Entscheidungen getroffen werden, die für die Kirche in Deutschland und ihren inneren Zusammenhalt mit Rom von Schaden wären“.

Die katholische Kirche sei zu mehr ökumenischer Zusammenarbeit beim Religionsunterricht bereit, wolle aber grundsätzlich am konfessionellen Religionsunterricht festhalten. Dies erklärte der Bischof von Rottenburg-Stuttgart, Walter Kasper, auf einer von den vier kirchlichen Akademien in Baden-Württemberg gemeinsam verantworteten Tagung zur Zukunft des Religionsunterrichts in Bad Boll. Nur in einer Glaubensgemeinschaft könne der Glaube zur lebensgestaltenden Kraft werden. Die baden-württembergische Kultusministerin Annette Schavan empfahl den Kirchen mehr gemeinsame ökumenische Projekte und Lerneinheiten sowie die Ergänzung des Religionsunterrichts durch eine Schulseelsorge der Kirchengemeinden, lehnte aber ein Schulfach à la „Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde“ anstelle des Religionsunterrichts ab. Ein reines Informationsfach biete wenig Orientierung; der Staat habe sich bei der Bestimmung von Werten zurückzuhalten.

Über die steigende Zahl hauptamtlicher kirchlicher bzw. diakonischer Mitarbeiter in den evangelischen Synoden haben sich die Synodalpräsidenten der EKD-Gliedkirchen bei ihrer Jahrestagung Anfang Mai beklagt. Durch die steigende Zahl der Synodalen aus dem kirchlichen Dienst werde das Prinzip der synodalen Kirchenleitungen, wonach zwei Drittel der Synodenmitglieder Nicht-Theologen sein müßten, ad absurdum geführt. Der Tübinger evangelische Kirchenrechtler Joachim Mehlhausen sagte bei der Tagung der Synodalpräsidenten, es müsse darauf geachtet werden, daß der Zugang zur Synode für alle Christinnen und Christen gleich weit und gleich leicht offen bleibe.

Korruption sei nicht nur mangelnde Moral einzelner Personen, die die guten Sitten in Politik und Wirtschaft zerstöre, letztlich zersetze Korruption die demokratische und marktwirtschaftliche Ordnung. Das unterstreicht der Bund Katholischer Unternehmer mit „Zehn Punkten zur Korruptionsbekämpfung“. Korruptionsanfällig sei die Wirtschaft vor allem da, wo sie von staatlichen Aufträgen lebe. Eine starke Entflechtung von Wirtschaft und Staat könne daher ebenso Abhilfe schaffen wie zusätzliche Strafandrohungen und Strafverschärfungen. Da das Strafrecht jedoch hier insgesamt schnell an Grenzen stoße, legt der BKU besonderes Gewicht auf einen (neuen) „moralisch verbindlichen Ehrenkodex für Beamte und Unternehmer“, der schlichte aber wirkungsvolle „Anstandsregeln“ enthalte.

Als erste Frau wurde Christina Odenberg, zuletzt Dekanin am Dom von Stockholm, im April mit knapper Mehrheit in der Evangelisch-Lutherischen Schwedischen Kirche in das Bischofsamt gewählt. Bevor die 1967 als eine der ersten Frauen in Schweden Ordinierte ihr Bischofsamt in der Diözese Lund wie geplant im Oktober antreten kann, muß sie mit der Zustimmung des Schwedischen Reichstages erst noch von der Regierung ernannt werden; dies galt zum Zeitpunkt ihrer Wahl als reine Formsache. Gegner der Frauenordination haben bereits angekündigt, für sie bleibe die Diözese Lund „bischofslos“.

Angesichts der Untätigkeit der Staatengemeinschaft in Zaire (vgl. ds. Heft 285), die den Tod tausender Menschen in Kauf nehme, regte der bisherige Leiter von Caritas international, Günter Hölter, an, ob nicht der in Deutschland bekannte Straftatbestand der unterlassenen Hilfeleistung auch international eingefordert werden könnte. Ausdrücklich betonte er, ein militärisches Eingreifen der Staatengemeinschaft in Zaire ausschließlich zum Schutz der Flüchtlinge zu fordern. 1996 war Zaire mit 6,8 Millionen Mark (bei insgesamt von Caritas international für Hilfsleistungen aufgewendeten 84,5 Millionen) das wichtigste Empfängerland der Caritas-Hilfe.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe ist eine Eigenwerbung (Verlegerbeilage) beigelegt.